



Aus der Arbeit des Gemeinderats

Gemeinderatssitzung am 28.01.2020

In der ersten Sitzung des Gemeinderats im neuen Jahr befasste sich der Gemeinderat mit dem Bebauungsplan Marktplatz-West. Das Team der Jugendsozialarbeit berichtete über die Arbeit im vergangenen Jahr. Für die Arbeit des Gemeinderats wird künftig ein sog. Ratsinformationssystem eingesetzt. Weitere Themen waren, ob sich die Gemeinde an der Netze-BW beteiligen soll und die Genehmigung der 2019 eingegangenen Spenden an die Gemeinde.

Bekanntgaben aus nichtöffentlichen Sitzungen

Bürgermeister Wolfgang Lahl gab bekannt, dass der Gemeinderat am 17.12.2019 Frau Sandra Thelen-Boigs als neue pädagogische Gesamtleitung gewählt hat. Zum Beginn in der Gemeindeverwaltung ist die Verwaltung im Gespräch mit dem momentanen Arbeitgeber, der Stadt Holzgerlingen.

Bebauungsplan Marktplatz-West

Bürgermeister Wolfgang Lahl informierte den Gemeinderat über den Stand des Bebauungsplanverfahrens. Nach einem kurzen Überblick zum momentanen Stand des Verfahrens sprach er die eingegangenen Anregungen zum Bebauungsplan an. Die fünf Stellungnahmen aus der Öffentlichkeit und die zwölf Stellungnahmen von Trägern öffentlicher Belange waren wie gewohnt in einer Abwägungstabelle übersichtlich dargestellt.

Zunächst ging der Bürgermeister auf die Anregungen aus der Öffentlichkeit ein. Übernommen wurde der mehrfach vorgetragene Wunsch, Baufenster nach Norden zu rücken. Dadurch wird gleichzeitig erreicht, dass bei den künftigen Gebäuden größere Freiflächen im Süden bestehen. Ebenfalls übernommen wurde der Antrag, in einem Baufenster die Firstrichtung nicht vorzugeben, sondern offen zu lassen. Ein Einwand befasste sich mit der Befürchtung, dass Gebäude und Nebenanlagen direkt auf die Grundstücksgrenze gebaut werden können. Diese Anregung musste nicht weiterverfolgt werden, weil die Landesbauordnung bei Wohngebäuden einen Mindestabstand von 2,5 m vorsieht, der nicht ohne Zustimmung des Grundstücksnachbarn unterschritten werden darf.

Eine Einwendung befasste sich mit der Befürchtung, die neue Planung hätte Auswirkungen auf die Bestandsgebäude. Diese Sorge konnte entkräftet werden, denn alle bestehenden Gebäude und Nebenanlagen haben Bestandsschutz.

In einem Antrag wurde angeregt, die Bebauung an der Bahnhofstraße dichter zuzulassen. Da dies dem städtebaulichen Ziel nach offenen Bereichen widersprechen würde, wurde diese Änderung nicht umgesetzt.

Anschließend ging der Bürgermeister auf die Stellungnahmen von Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange ein. Überwiegend wurden die Anregungen zur Kenntnis genommen oder umgesetzt. Teilweise war es aus Sicht der Verwaltung nicht notwendig oder sinnvoll, den Vorschlag zu entsprechen. Ein Beispiel für eine Ablehnung war die Anregung, aufgrund des Straßenverkehrs an der Bahnhofstraße und des Schienenverkehrs der Schönbuchbahn ein Lärmschutzgutachten zu erstellen.

Ebenfalls nicht aufgegriffen wurde die Anregung, abweichende Bauweisen zuzulassen. Die Folge wären mögliche Abweichungen bei den Mindestabstandsflächen, durch die die angestrebte städtebauliche Struktur des Gebietes beeinträchtigt werden könnte.

Übernommen wurden die Anregungen, das Altlastenkataster anzusprechen, den Grundwasserschutz aufzunehmen, einen Hinweis auf ein Verdachtsgebiet hinsichtlich des Denkmalschutzes anzubringen sowie die Fahr- und Leitungsrechte einzuzeichnen. Die vorgeschlagene Höhe von Einfriedungen auf 1,5 m wurde ebenfalls übernommen.

Der Bürgermeister erläuterte, dass nach der heutigen Behandlung der eingegangenen Einwendungen und Anregungen eine erneute öffentliche Beteiligung stattfinden wird. Diese wird dem Gemeinderat nochmals zur Stellungnahme vorgelegt. Im Anschluss soll der Satzungsbeschluss zu diesen Bebauungsplan erfolgen.

Da der heute vorgelegte Entwurf bereits sehr weitgehende und detaillierte Vorgaben enthält wird es möglich sein, bereits jetzt Baugesuche im Parallelverfahren zu bearbeiten.

Gemeinderätin Himmelein fragte, wie die vorgesehenen Maßnahmen zum Artenschutz kontrolliert werden. Der Bürgermeister berichtete, dass dies durch Auflagen in der Baugenehmigung erreicht wird, deren Einhaltung durch die Baukontrolle des Landratsamtes geprüft werden.

Gemeinderat Wolfgang Brennenstuhl griff eine Anregung des Baurechtsamtes auf, Nebenanlagen auch außerhalb der Baufenster zuzulassen. Sein Vorschlag war, Nebenanlagen bis zu Kubatur von 20 m³ außerhalb des Baufensters zuzulassen, wenn diese direkt an eine Bebauung angrenzen.

Ein weiterer Vorschlag von Gemeinderat Wolfgang Brennenstuhl war, bei den Gebäuden Wilhelmstraße 5 und 12 entsprechend dem Vorschlag des Baurechtsamtes eine abweichende Bauweise mit verringerten Grenzabständen zu ermöglichen. Ihm schwebte hier eine Mindestabstandsfläche von 1,5 m vor. Der Bürgermeister wies darauf hin, dass dann ohne Vereinbarung einer Baulast das Heranrücken eines Gebäudes bis auf einen Abstand von 1,5 m möglich wäre.

Zu den Hinweisen des Wasserwirtschaftsamtes in punkto Altlasten bemerkte Gemeinderat Brennenstuhl, dass die angesprochene chemische Reinigung nur eine Annahmestelle war. Der Hinweis sei deshalb nicht notwendig. Der Bürgermeister

fürhte aus, dass dieser Hinweis dennoch im Bebauungsplan enthalten sein muss, weil die in der Stellungnahme angesprochenen Grundstücke im Altlastenkataster aufgeführt werden.

Gemeinderat Wolfgang Brennenstuhl brachte weiterhin vor, dass in dem Grundstück am Jägerweg die Vorgabe eines Gebäudes je Baufenster besser wäre, als mehrere Bauwerke zuzulassen. Dadurch würde eine Verschachtelung vermieden. Dieser Anregung hielt der Bürgermeister entgegen, dass dies durch Grundstücksteilungen leicht umgangen werden kann. Zum Teil seien es auch mehrere Eigentümer in einem Baufenster, was für die Umsetzung dieses Vorschlages problematisch wäre.

Gemeinderätin Himmelein ergänzte, dass eine solche gravierende Änderung eine erneute Auslegung bedeuten würde. Eine zeitliche Verzögerung wäre die Folge.

Als Ergebnis der Beratung im Gemeinderat war über zwei Änderungsanträge von Gemeinderat Wolfgang Brennenstuhl abzustimmen. Der Antrag, Nebenanlagen bis zu einer Kubatur von 20 m³ auch außerhalb der Baufenster zuzulassen, solange diese direkt an Bauwerke angrenzen, wurde mit 13 Ja-Stimmen, zwei Gegenstimmen und vier Enthaltungen angenommen.

Anschließend stellte der Bürgermeister den Antrag zur Abstimmung, den Mindestabstand von Bauungen auf 1,5 m zu reduzieren. Dieser Antrag wurde mit vier Ja-Stimmen, 14 Gegenstimmen und einer Enthaltung abgelehnt.

Zum Ende der Beratung dieses Tagesordnungspunkts stellte der Gemeinderat einstimmig das Beratungsergebnis und den Entwurf des Bebauungsplans fest und beschloss, die nächsten Schritte der Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung durchzuführen.

Jahresbericht 2019 der Jugendsozialarbeit

Der Bürgermeister begrüßte Mahendra Scharf, Marielle Bohm und Nico Bittner vom Team der Jugendsozialarbeit. Vor dem eigentlichen Bericht sprach er an, dass ein Antrag der Fraktion der GRÜNEN auf Aufstockung der Jugendsozialarbeit noch zu bearbeiten ist. Für eine vollständige und umfassende Bearbeitung sei es notwendig, die Gesamtsituation darzustellen und aufzubereiten.

Anschließend stellten die Mitglieder des Teams der Jugendsozialarbeit ihre Aufgabenbereiche an der Gemeinschaftsschule, der Ganztagsbetreuung und der kommunalen Jugendsozialarbeit vor. Dabei wurde sowohl auf die gute Zusammenarbeit mit der Lehrerschaft als auch auf herausragenden Einzelprojekte der Jugendsozialarbeit großen Wert gelegt. Ein Ziel der Ganztagsbetreuung in der Schule wird es sein, auch 2020 ein ähnlich gutes Theaterprojekt auf die Beine zu stellen wie im Jahr 2019.

Mahendra Scharf berichtete, dass sich ihr Aufgabenbereich zu je einem Drittel auf die Ganztagsbetreuung, auf das Jugendhaus Neon und auf kommunale Projekte verteilt. Das Team wolle nicht nur gute Freizeitangebote machen, sondern initiieren auch viele Angebote im Bildungsbereich. Als Beispiel nannte sie das Projekt der Jugendsozialarbeit zur Kommunalwahl 2019.

Der Bürgermeister dankte dem Team der Jugendsozialarbeit für die gute Arbeit. Diese sei inzwischen stark ausgeweitet worden und reiche weiter als ein klassisches Jugendreferat. Sehr positiv seien die Erfahrungen in der Ganztagschule. Dort gelinge es, die Schule als Bestandteil des Lebensmittelpunktes zu etablieren. Positiv sei, dass die Jugendsozialarbeit auch nach wie vor außerhalb der Gemeinschaftsschule zur Verfügung steht, um anstehende Probleme anzusprechen. Er hob hervor, dass eine gute Jugendsozialarbeit nicht an Besucherzahlen festgemacht werden könne, denn diese würden von Jahr zu Jahr schwanken.

Gemeinderätin Dr. Staber erkundigte sich, inwieweit in der Ganztagschule Kinder mit Beeinträchtigungen und Kinder mit besonderem Betreuungsbedarf eingebunden sind. Dazu antwortete Frau Bohm, dass es nun schon seit einigen Jahren Kinder in der Schule gebe, die einen Rollstuhl benötigen. Dies sei inzwischen zu einer Selbstverständlichkeit geworden. Für Kinder mit Lernschwierigkeiten, die es in der Gemeinschaftsschule auch gebe, sei der Ansatz der individuellen Förderung ein großer Vorteil.

Gemeinderat Heydenreich fragte, wie die Kinder von Flüchtlingen in der Schule integriert wurden. Nico Bittner berichtete, dass es in dieser Hinsicht keine Probleme gebe. Die Kinder von Flüchtlingen seien in der Schule sehr gut angekommen und sprächen durchgehend gut Deutsch. Marielle Bohm führte dies auch darauf zurück, dass viele dieser Kinder in der Ganztagsbetreuung angemeldet sind und auch deswegen sehr gut mit der deutschen Sprache umgehen können.

Mit einem großen Dank des Bürgermeisters an das Team endete der Bericht der Jugendsozialarbeit zum vergangenen Jahr.

Ratsinformationssystem für den Gemeinderat

Hauptamtsleiter Feitscher berichtete, dass mit diesem Thema ein Antrag der FWV-Fraktion aufgegriffen wurde. Nach einer Darstellung der Aufgaben und Abläufe in einem Ratsinformationssystem ging er auf die nicht sofort offensichtlichen Konsequenzen ein. Als Beispiel wird die Homepage der Gemeinde automatisch das amtliche Bekanntmachungsorgan. Das würde jedoch nicht den Wegfall des gemeindlichen Mitteilungsblattes bedeuten. Darin würden wie bisher die Bekanntmachungen der Gemeinde veröffentlicht. Das Mitteilungsblatt hätte aber nicht mehr den Status als amtliches Bekanntmachungsorgan

Er schlug vor, bei dem Typ des Ratsinformationssystem ein Modul zu verwenden, welches vom gleichen Hersteller wie das das bereits in der Gemeindeverwaltung verwendete Dokumentenmanagementsystem stammt und dieses ergänzt. Auf Anraten des Herstellers und andere Gemeinden, die ein solches System bereits benutzen, sollen als Endgeräte Tablets von Apple verwendet werden.

Zu den Kosten berichtete er, dass für die Anschaffung der Software und die notwendigen Schulungen einmalig 17.000 € anfallen und anschließend jährlich 3.000 € für den Support. Für die Anschaffung der Tablets sei mit etwa 20.000 € zu rechnen.

Er berichtete, dass dieses System wider Erwarten keine großen finanziellen Einsparungen ergeben wird. Denn nach wie vor müssen für die Zuhörer/-innen bei

einer Sitzung gedruckte Beratungsunterlagen vorgehalten werden. Da aber bei einem Ratsinformationssystem alle öffentlichen Beratungsunterlagen grundsätzlich auf der Homepage erscheinen muss verstärkt darauf geachtet werden, die Einschränkungen und Vorgaben des Datenschutzes zu beachten.

Abschließend ging der Hauptamtsleiter auf die Gesamtentwicklung der gemeindlichen EDV ein. Nachdem die im Rathaus verwendete Hardware bereits beinahe sechs Jahre alt ist steht diese in absehbarer Zeit zur Erneuerung an. Die gemeindliche EDV soll aber nicht nur von der Hardwareseite betrachtet werden, sondern auch organisatorische Aspekte und sich ändernden rechtliche und gesellschaftliche Rahmenbedingungen einbeziehen. Deswegen ist vorgesehen, ein Gesamtkonzept für die gemeindliche EDV aufzustellen, darin verschiedene technisch mögliche Optionen darzustellen und diese mit mehrjährigen Kosten versehen dem Gemeinderat zur Entscheidung vorzulegen.

Gemeinderat Wolfgang Brennenstuhl sprach sich gegen die Einführung eines Radinformationssystems aus. Dadurch würde die ältere Bevölkerung benachteiligt. Gemeinderat Singer befürwortete der Vorschlag der Verwaltung, wollte jedoch noch wissen, wie dann amtliche Bekanntmachungen erfolgen. Der Bürgermeister sagte zu, dass nach wie vor amtliche Bekanntmachungen auch Mitteilungsblatt veröffentlicht werden. Rechtlich maßgebend werden aber die Veröffentlichungen auf der Homepage sein.

Gemeinderat Finger trug vor, dass sich ein solches System im Kreistag des Landkreises bereits seit Jahren bewährt hat. Ein großer Vorteil seien die guten Recherchefunktionen. Gemeinderat Jürgen Brennenstuhl sah als wesentlichen Vorteil eine bessere Information des Gemeinderates. Für Gemeinderätin Belser überwogen die Vorteile ebenfalls. Gemeinderat Hiller teilte mit, dass er weiterhin lieber mit gedruckten Beratungsunterlagen arbeitet, als diese auf einem Tablet lesen zu müssen. Gemeinderat Dr. Bühler brachte vor, dass seiner Erfahrung nach die Gewöhnung an solche Umstellungen sehr schnell erfolgt.

Der Bürgermeister schlug vor, für alle Gemeinderäte Tablets einzuführen. Es werde weiterhin möglich sein, einzelnen Gemeinderäten Beratungsunterlagen in Papierform zu übermitteln.

Mit 18 Ja-Stimmen und zwei Gegenstimmen beschloss der Gemeinderat, das vorgeschlagene Ratsinformationssystem einzuführen und beauftragte die Gemeindeverwaltung, die dazu notwendigen Vorbereitungen zu treffen.

Beteiligung der Gemeinde an der Netze-BW

Bürgermeister Wolfgang Lahl berichtete, dass die Netze-BW der Gemeinde Weil im Schönbuch wie den anderen Gemeinden in Baden-Württemberg auch eine Beteiligung angeboten hat. Die mögliche Beteiligung für Weil im Schönbuch liegt zwischen 200.000 € und 3,8 Millionen €. Eine garantierte Rendite von 3,6 % vor Steuern sei wirtschaftlich sehr interessant. Auch nach Abzug der dann anfallenden Steuern von etwa einem Prozent blieben sogar bei einer Kreditfinanzierung, die momentan mit 1,0 % möglich wäre, eine Rendite von 1,0 % übrig. In betriebswirtschaftlicher Hinsicht würde sich das für die Gemeinde lohnen.

Leider würde sich dieses Modell jedoch laut der Rechtsaufsicht der Gemeinde auf die Kreditermächtigung auswirken. Denn die Beteiligung würde nicht als Erhöhung des Eigenkapitals bewertet und sich deswegen reduzierend auf die Kreditermächtigung der Gemeinde auswirken. Dadurch würden wichtige Projekte der Gemeinde infrage gestellt. Deswegen müsse er dem Gemeinderat leider empfehlen, eine Beteiligung an der Netze-BW nicht zu realisieren.

Einstimmig schloss sich der Gemeinderat der Empfehlung des Bürgermeisters an und lehnte eine Beteiligung der Gemeinde an der Netze-BW ab.

Genehmigung der 2019 eingegangenen Spenden

Da Bürgermeister Wolfgang Lahl befangen war übernahm der erste stellvertretende Bürgermeister, Klaus Finger, die Sitzungsleitung. Er sprach die für die Annahme von Spenden geltenden Regelungen im Detail an und verwies auf die Spendenaufstellung, die der Beratungsunterlage als Anlage beigelegt war.

Insgesamt gingen der Gemeinde im letzten Jahr Geld- und Sachspenden von beinahe 30.000 € zu. Im Namen der Gemeinde Weil im Schönbuch danke der erste stellvertretende Bürgermeister den Spenderinnen und Spendern herzlich.

Anschließend stimmte der Gemeinderat einstimmig der Annahme der 2019 eingegangenen Spenden zu.

Bekanntgaben der Verwaltung

Der Bürgermeister gab bekannt, dass es im Mitteilungsblatt auf Anregung der UBW eine neue Rubrik mit Ansprechpartnern aus dem Bereich Natur und Umwelt geben wird. Momentan läuft die Abstimmung mit den Personen und Institutionen, die genannt werden sollen.

Anfragen aus dem Gemeinderat

Gemeinderätin Amrehn sprach die Sanierung der Wilhelmstraße und den Wegfall der Parkmöglichkeiten während der Bauarbeiten an. Sie schlug vor, den Betroffenen in dieser Zeit den Parkplatz in der Hauptstraße, gegenüber der Lindenapotheke zur Verfügung zu stellen. Bürgermeister Lahl sah dazu keine Möglichkeit, denn in der Wilhelmstraße gebe es wesentlich mehr betroffene Anlieger als Parkplätze gegenüber der Lindenapotheke. Wie bei den anderen großen Straßenbaumaßnahmen müssten die Anlieger in dieser Zeit in Umgebungsstraßen ausweichen. Die Verwaltung wird vor Baubeginn ohnehin auf die Anlieger zugehen und über die geplanten Abläufe informieren.

Gemeinderätin Himmelein richtet drei Anfragen an die Verwaltung.

Ladesäulen für E-Fahrzeuge: Frau Himmelein berichtete über drei kürzlich in Steinenbronn aufgestellt Ladesäulen und erkundigte sich nach dem Stand in Weil im Schönbuch. Der Bürgermeister berichtete, dass in Weil im Schönbuch die EnBW der Ansprechpartner wäre, anders als die Stadtwerke Tübingen in Steinenbronn. Er wird nochmals auf die EnBW mit diesem Anliegen zugehen. Die EnBW solle der Gemeinde mitteilen, unter welchen Voraussetzungen Ladesäulen aufgestellt würden. Betreiber solle aber nicht die Gemeinde sein.

Gemeinderat Finger sah das Aufstellen und Betreiben von Ladesäulen nicht als Aufgabe des Steuerzahlers bzw. der Gemeinden. Ein generelles Hindernis sei derzeit die fehlende Standardisierung bei Ladesäulen und Anschlüssen in den E-Fahrzeugen.

Gemeinderätin Himmelein war es wichtig, dass die EnBW die sich in der Gemeinde wegen der anstehenden Baumaßnahmen ergebenden Chancen nutzt. Der Bürgermeister teilte dazu mit, dass die Gemeinde bei allen aktuellen und künftigen Baumaßnahmen Leerrohre für diese Zwecke verbaut.

Pflanzkübel an der Ecke Lindenstraße/Bismarckstraße: Frau Himmelein sprach an, dass dort ein privater Pflanzkübel aufgestellt wurde. Dieser stehe auf privatem Grund, den der Eigentümer der Gemeinde zum Kauf angeboten habe. Bürgermeister Lahl bestätigte, dass der Gehweg dort teilweise auf Privatgrund verläuft. Deswegen habe der Eigentümer das Recht, einen Pflanzkübel aufzustellen. Ein Kaufangebot wurde der Gemeinde nicht unterbreitet.

Kindertagesstätte Weil-Mitte: Frau Himmelein erkundigte sich nach dem Stand der Bauarbeiten. Ortsbaumeister Ehmman informierte, dass die Bauarbeiten derzeit ca. 1 Monat hinter dem Zeitplan liegen, bedingt durch einen Wechsel des zuständigen Architekten im Architekturbüro. Die Verwaltung arbeitet daran, den Rückstand aufzuholen, damit die Kindertagesstätte wie geplant in den Sommerferien bezogen und anschließend in Betrieb gehen kann.

Gemeinderat Wolfgang Brennenstuhl fragte, ob bereits Schritte zur Verwendung des Gemeindegrundstücks Tübinger Straße für den Bau einer dauerhaften Unterbringung für Obdachlose und Flüchtlinge unternommen wurden. Der Bürgermeister erinnerte daran, dass dieser Beschluss erst einen Monat zurückliegt. Gesprächstermine mit in Frage kommenden Bauträgern wurden bereits vereinbart.

Gemeinderätin Belser brachte vor, dass die Holzrückseiten der Container am Roten Berg morsch sind und erneuert werden sollen. Herr Ehmman antwortete darauf, dass die Erneuerung mit witterungsbeständigem Material bereits geplant ist.

Eine weitere Anfrage von Gemeinderätin Belser betraf das Parken von LKWs in der Jahnstraße. Das Wegfahren am sehr frühen Morgen sei sehr störend. Sie regte an, das Parken von LKWs in der Jahnstraße durch Aufstellen eines Verkehrszeichens zu verbieten. Bürgermeister Lahl führte aus, dass ein solches Verkehrszeichen wahrscheinlich unzulässig ist, weil LKWs ohnehin nicht in Wohngebieten parken dürfen. Das Ordnungsamt wird prüfen, was unternommen werden kann.

Eine nichtöffentliche Sitzung schloss sich an.